

Liebe Ratsfrauen,
liebe Ratsherren,
liebe Mitglieder des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrte Damen und Herren!

Wir stellen Ihnen heute unseren Haushaltsentwurf für
das Jahr 2024 vor.

Wir tun dies nicht,
wie in den Vorjahren oft beschrieben,
in schwierigen Zeiten.

Nein, wir tun dies in unmöglichen Zeiten.

Wir haben in den vergangenen Jahren an jeder Position
heruntergerechnet und Einsparungen erzielt,
wir haben jede Bilanzierungshilfe,
so falsch sie auch inhaltlich war,
genutzt.

Wir haben Steuern erhöht,
wir haben Schulden isoliert,
sie in die Zukunft geschoben,
trotzdem mit einer engagierten Stadtverwaltung und
einer verantwortungsvollen Lokalpolitik alles dafür getan,
hier eine lebenswerte Stadt zu gestalten.

Aber jetzt,
liebe Mitglieder des Rates,
ist „Schicht im Schacht“,
wie man hier in unserer Region sagt

Jetzt geht nach Jahren des Sparens und ehrlich gesagt,
des „Kaputtsparens“, nichts mehr.

Und hier muss auch niemand weiter von uns fordern,
den Gürtel einfach noch enger zu schnallen:

Nach den Haushaltsmeldungen der Fachämter lagen wir zu Beginn der Etatberatungen innerhalb der Stadtverwaltung bei einem Minus von 28 Millionen, haben intern bereits jeden Euro umgedreht und die Bedarfe, die zweifelsohne bestehen, zurückgestellt oder reduziert.

So konnten wir nochmals rund 11 Millionen Euro weniger veranschlagen.

Der Vorgänger unserer Kämmerin Silke Ehrbar-Wulfen hatte es in den letzten Jahren schon deutlich gesagt: „Die Zitrone ist komplett ausgequetscht!“

Wir werden diesen Haushalt also aktuell mit einem **Minus von 17,3 Millionen Euro** abschließen.

Jetzt ist weiteres Sparen nur noch möglich,
wenn wir den „Laden“ nicht nur sprichwörtlich dicht
machen,
sondern auch über die Schließung von Einrichtungen
nachdenken.

Aber auch hier können wir kurzfristig keine wirklichen
Haushaltsverbesserungen erzielen,
wie ich Ihnen einmal am Beispiel unserer Stadtbücherei
aufzeigen werde:

Hier sind im Haushalt 2024 **2.146.000** Euro an Aufwand
eingeplant.

Davon entfallen auf Personalkosten 1.383.000 Euro,
auf Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
558.000 Euro.

Bei einer Schließung der Stadtbücherei könnten adhoc lediglich 165.000 Euro von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen eingespart werden.

Demgegenüber stehen aber 101.000 Euro erwartete öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte und 12.000 Euro sonstige Erträge,
die dann natürlich auch nicht erhoben werden könnten.

Rechnen wir diese gegen,
wären es nur noch Einsparungen von 52.000 Euro.

Bei anderen Einrichtungen würde sich ein ähnliches Bild abzeichnen – und sind wir ehrlich:

Die Stadtbücherei,
das Hallenbad oder die Mathias-Jakobs-Stadthalle,
die will doch niemand von uns wirklich schließen!

Eine weitere Möglichkeit,
den Haushalt auszugleichen:
Wir erhöhen die Grundsteuer B!

Aber um ein Defizit von 17,3 Millionen Euro
auszugleichen, müsste der Hebesatz nahezu verdoppelt
werden, auf 1.900 Hebesatzpunkte.

Aber sind wir auch hier ehrlich:
Das ist nicht nur völlig utopisch,
sondern kann den Menschen in unserer Stadt nicht auch
noch zugemutet werden.

Eine weitere Steuererhöhung ist für mich nicht
verhandelbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Rates,
ich hätte Ihnen heute gerne andere Nachrichten
verkündet.

Aber: Ich habe immer wieder davor gewarnt,
in welcher schwieriger Situation wir uns befinden.

Bereits am 8. August habe ich Sie hier im Rathaus,
gemeinsam mit unserer neuen Kämmerin Silke Ehrbar-
Wulfen, über die verheerende Ausgangslage informiert.

Am Tag danach haben wir eine Pressemitteilung verfasst,
**Titel: „Altschuldenlösung und fehlende Isolation:
Landesregierung überfordert städtische Haushalte“**

Ich habe Ihnen bereits damals dargelegt,
in welche Katastrophe die kommunalen Haushalte,
in welche auch wir in Gladbeck schlittern.

Mit diesem Problem stehen wir nicht allein da,
auch in anderen Städten ist die finanzielle Lage düster!

Im Kreis Recklinghausen wird voraussichtlich keine
einzige Stadt einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen
können – ebenso wie weitere Städte in unserer
Nachbarschaft.

Teilweise sind die Defizite deutlich höher,
wie das Beispiel von Castrop-Rauxel zeigt.

Eine Kommune,
die im Übrigen wie auch wir bilanziell überschuldet ist.

Der Haushalt dort wies bei der Einbringung ein Defizit
von über 41 Millionen Euro auf.

Nach dieser Information am 8. August an Sie,
die Vertreterinnen und Vertreter der Lokalpolitik,
habe ich am 19. September,
angesichts der sich insbesondere durch die fehlenden
Bilanzierungshilfe abzeichnenden Auswirkungen für
unseren Haushalt,
NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach
angeschrieben.

Meine dezidierten Forderungen waren unter anderem:

- Fortführung der Isolierungsmöglichkeiten
- Eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen
- Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung
- Die vollständige Übernahme unserer Altschulden unter Beteiligung des Bundes.
- Abbau von bürokratischen Hindernissen.
- Finanzielle und planerische Unterstützung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.

- Die Schaffung verbindlicher und auskömmlicher Regelungen für den Ausbau der Ganztagsbetreuung in Grundschulen
- Beachtung des Konnexitätsprinzips.

In der mir vorliegenden Antwort zeigt die Ministerin mit erhobenem Zeigefinger auf den Bund.

Konkret verweist sie auf geringere Steuerzuweisungen des Bundes an die Gemeinden und das angekündigte „Wachstumschancengesetz“, mit dem den Kommunen bundesweit Erträge zusätzlich entzogen werden sollen.

Ja, Ministerin Scharrenbach hat Recht, auch Entscheidungen des Bundes belasten die Kommunen.

Es hilft der Stadt Gladbeck aber nicht, wenn Düsseldorf jetzt mit dem Finger auf Berlin zeigt.

Das Land NRW steht in der Verantwortung,
wenn es um eine auskömmliche Finanzierung der
Gemeinden geht.

Ich erwarte hier eine echte Hilfe,
denn ohne finanzielle Unterstützung des Landes werden
wir einen Haushaltsausgleich nicht mehr erreichen
können.

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat auf den Brandbrief
des Städte- und Gemeindebundes,
den immerhin 355 Bürgermeisterinnen und
Bürgermeister Ende September unterzeichnet haben,
meines Wissens nicht einmal reagiert.

Und natürlich haben wir auch auf anderen Wegen
versucht,
den Druck zu erhöhen,
auf unsere verzweifelte Situation aufmerksam zu
machen.

Über das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“,
dem Gladbeck seit langem angehört,
über die HVBs im Kreis Recklinghausen.

Die Antworten,
wenn es überhaupt welche gab:
Ein Wegschieben von Verantwortung,
keine Lösungen für die notleidenden Städte.

Und auch wenn der Flurfunk im Ministerium derzeit heiß
läuft und über mögliche Lösungen gesprochen wird,
auch wenn es Ideen gibt,
den Städten noch für dieses Jahr Geld zukommen zu
lassen:

In der Hand haben wir bislang:

Nichts!

Ich frage mich:

Geht man so mit seinen Gemeinden und Städten um,
geht man so mit denen um,
die das Leben vor Ort organisieren,
die Geflüchtete sicher unterbringen,
die für gute Schulbildung sorgen,
die dafür sorgen,
dass hier nicht das Licht ausgeht?

Ich frage mich:

Geht man so mit einer gewählten Bürgermeisterin von
rund 80.000 Menschen um?

Geht man so mit Ihnen,
den gewählten Vertreterinnen und Vertretern dieser
80.000 Menschen, um?

Und am wichtigsten:

Geht man so mit 80.000 Gladbeckerinnen und
Gladbeckern um?

Jeder und jede von ihnen davon hat ein Anrecht darauf,
in einer lebenswerten Stadt zu wohnen,
mit einer funktionierenden Infrastruktur und
Rahmenbedingungen,
die ein gutes, ein gelingendes Leben möglich machen.

Und das ist doch keine Wunschvorstellung,
die wir hier im nördlichen Ruhrgebiet haben.

Nein,
es ist eine im Grundgesetz verbriefte Präambel,
eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse,
das Versprechen,
dass die Lebensbedingungen der Menschen sich eben
nicht wegen des Wohnortes so eklatant unterscheiden,
sondern alle die gleichen Chancen haben.

Das sehen Land und Bund aber anscheinend anders.

Denn wie ist es sonst zu erklären,
liebe Ratsmitglieder,
dass unsere Kinder teilweise Monate bis Jahre warten
müssen,
bis ein Spielplatz gebaut ist,
bis sie einen Kita- oder überhaupt einen Betreuungsplatz
vor dem Eintritt in die Schule bekommen?

Ist das gerecht?

Sind das „vergleichbare“ Lebensverhältnisse?

Und es liegt nicht nur an den Finanzen,
dass wir die Dinge nicht so umsetzen können,
wie wir wollen.

Es liegt auch daran, dass das Personal fehlt,
um unsere zunehmenden Aufgaben zu erfüllen,
Personal für Bauen, Planen, Umwelt, Betreuung und die
vielen, vielen anderen Aufgaben,
die wir schultern.

Wir benötigen dringend Personal,
damit unsere Verwaltung,
damit das Leben in dieser Stadt gut funktioniert.

Auch wenn wir den Stellenplan erst im Dezember
beraten werden,
gestatten Sie mir jetzt schon einen Ausblick:

Die Verwaltung wird Ihnen
– trotz der düsteren Haushaltsprognosen –
die Einrichtung von 43 Stellen vorschlagen.

Dies wird uns zusätzlich rund 3 Millionen Euro kosten.

Hier möchte ich jedoch betonen,
dass wir dies nicht aus einer Laune heraus tun,
sondern damit gesetzliche Vorgaben erfüllen und den
gestiegenen Aufgabenzuwachs bewältigen.

Bei 18 dieser 43 Stellen handelt es sich übrigens um eine Entfristung bisheriger Zeitverträge.

Wir leben in Zeiten des Fachkräftemangels,
wir können es uns nicht leisten,
gutes, qualifiziertes und eingearbeitetes Personal wieder
ziehen zu lassen.

Die Bindung spielt also neben der Gewinnung von neuen
Fachkräften für uns eine immer wesentlichere Rolle.

Wir wollen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen
halten – statt unsere Zeit mit neuen Ausschreibungen,
langen Bewerbungsrunden und erneuter Einarbeitung zu
vergeuden.

Es ist geübte Praxis,
dass wir Ihnen die detaillierte Vorlage zum Stellenplan –
mit allen notwendigen Erläuterungen zu den geplanten
Stelleneinrichtungen –
bereits circa 4 Wochen (Anfang November) vor der
Beratung im HFDA und im Rat im Dezember für Ihre
Beratungen zur Verfügung stellen.

Liebe Ratsmitglieder,
wir hatten für den Haushalt 2023 einen globalen
Minderaufwand von 0,5 Prozent eingeplant,
weil wir damit einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen
konnten.

Für den vor uns liegenden Haushalt wäre dies natürlich
wieder eine Möglichkeit.

Aber:

Selbst mit einem Ansatz von einem Prozent könnten wir unser Defizit lediglich um 3,2 Millionen reduzieren, ein ausgeglichener Haushalt lässt sich auch mit einem globalen Minderaufwand von 1 Prozent nicht erreichen.

Dies wäre vielleicht ein Mittel gewesen, wenn wir wie geplant die Bilanzierungshilfe des Landes hätten ziehen können:

13,1 Millionen Euro waren als Isolierung eingeplant, ein ausgeglichener Haushalt wäre damit nicht mehr in ganz so weiter Ferne.

Dennoch werden wir natürlich im Rahmen der Etatberatungen auch über den „Globalen Minderaufwand“ mit Ihnen sprechen.

Es gibt auch im kommenden Jahr viele wichtige Bereiche, wie Bildung, Digitalisierung, Stadtentwicklung, in die wir investieren wollen und müssen!

Aber hier müssen wir angesichts unserer Haushaltslage schauen,
inwieweit wir dies überhaupt können und dürfen.

Denn das Defizit von 17,3 Millionen Euro bedeutet,
dass wir in der vorläufigen Haushaltsplanung feststecken werden,
dass der Nothaushalt das städtische Handeln lähmen wird.

Unsere Kämmerin Silke Ehrbar-Wulfen wird Ihnen die Konsequenzen im Detail vorstellen,
jedoch lässt es sich so zusammenfassen:
Wir können unser Handeln nicht mehr selbst bestimmen.
Wir werden fremdbestimmt,
die Kommunalaufsicht hat das letzte Wort!

Wir können dann zwar beispielsweise eine Stadtbücherei weiter betreiben,
aber keine neuen Bücher kaufen oder andere Neuanschaffungen tätigen,
ohne die Unabweisbarkeit zu begründen.

Stadtfeste, wie das Appeltatenfest,
kommen auf den Prüfstand,
sind in der bisherigen Form nicht mehr möglich –
das gesellschaftliche Leben wird an vielen Stellen eingeschränkt.

Liebe Ratsmitglieder,
es ist ein düsteres Bild,
das ich Ihnen gezeichnet habe –
viel heller wird es jedoch tatsächlich nicht,
wenn Bund und Land ihrer Verantwortung den Kommunen gegenüber nicht endlich nachkommen.

Bund und Land müssen die Städte und Gemeinden in die Lage versetzen,
unseren Aufgaben in einem vernünftigen Maß nachkommen zu können.

Wir müssen in der Lage sein,
die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern,
unsere Aufgabe bei Klimaschutz,
Mobilität und guter Bildung zu erfüllen.

Zudem müssen wir auch in angespannten Zeiten Sorge dafür tragen, dass keine soziale Schieflage entsteht, dass niemand aus der Sicherung fällt.

All dies können wir nur tun,
wenn wir dafür die finanzielle Hilfe von Land und Bund erhalten.

Meine Damen und Herren,
ich habe Ihnen heute einen gemeinsamen Appell des Rates der Stadt Gladbeck vorgelegt, in dem unsere Forderungen für eine auskömmliche Finanzierung gegenüber Land und Bund zusammengefasst dargestellt sind.

Ich hoffe hierzu sehr auf eine einstimmige Zustimmung von Ihnen.

Auch wenn die Aussichten düster sind:

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich beim Team unserer Kämmerei mit Sebastian Mai an der Spitze und unserer Beigeordneten und Stadtkämmerin Silke Ehrbar-Wulfen für Euren Einsatz in den vergangenen Woche bedanken.

Ihr macht bei diesen schwierigen Rahmenbedingungen alle eine hervorragende Arbeit.

Liebe Mitglieder des Rates,
wir gehen jetzt in die gemeinsamen Beratungen und
stehen Ihnen jederzeit für Nachfragen und Gespräche zur
Verfügung.

Ich möchte Sie alle auch bitten,
in den kommenden Wochen Ihren Einfluss,
Ihre Kontakte in die Landes- und Bundespolitik zu
nutzen,
den Druck weiter hochzuhalten.

Vielleicht gelingt uns gemeinsam das Unmögliche –
die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt!

Ich wünsche uns gute Beratungen und übergebe jetzt an
unsere Stadtkämmerin Silke Ehrbahr-Wulfen.